

Antrag an das Wirtschaftsparlament der

Wirtschaftskammer Salzburg am 09. 05. 2023

**Probleme mit der Struktur der Versorgungsunternehmen:**

Die letzten Monate haben gezeigt, dass die Versorgungsunternehmen, welche mit dem Geld der Steuerzahler über Jahrzehnte aufgebaut wurden, nicht zufrieden stellend im Sinne der Bevölkerung arbeiten.

Früher waren die Probleme die zu große Abhängigkeit von die Landesfürsten bzw. Gemeindekaisern welche zu Auswüchsen im Gehaltsniveau, bei Sondervorteilen an Dienstnehmer sowie Pensionsregelungen und Kündigungsschutz, sowie zu überhöhten Personalständen geführt haben, welche sich bei angestrebter Vollkosten-deckung auf die Preise durchgeschlagen haben (vergleiche hiezu 543/AE XX.GP).

Diese Strukturen wurden von uns am Ende des letzten Jahrhunderts intensiv bekämpft und führten diese in Verbindung mit etliche EU-Richtlinien zu den heutigen Strukturen.

Die heutigen Strukturen der Versorgungsgesellschaften, die mehrheitlich nunmehr in Aktiengesellschaften strukturiert sind, haben den anderen großen Nachteil, dass die Vorstände sich immer stärker auf den Shareholder-Value und die Gewinnmaximierung ausreden, da diese vom Aktiengesetz vorgegeben sind (wohl vergessend, das das Gemeinwohl im selben Paragraphen als weiteres Ziel definiert ist). Auch die boniorientierten Saläre der Vorstände tun ihr Übriges dazu.

Es sind 2022 in den Versorgungsbetrieben mehr als 3 Mrd. Euro Gewinne entstanden, welche keinesfalls als Ziel angesehen werden dürfen. Dieser Betrag ist für die Kunden nicht anders zu sehen, als dass jeder Bewohner Österreichs EUR 375,- zusätzliche Steuern entrichten musste, da diese Gelder über Ausschüttungen dann in die Budgets der Länder, Gemeinden oder Republik fließen.

Dass damit auch die Unternehmen unseres Bundeslandes bzw. in ganz Österreich über Gebühr belastet wurden, hat sich in den Preisgestaltungen gezeigt, welche dann auch je nach Bundesland und aktuelle Lage sehr unterschiedlich ausgefallen sind, wobei Versorgungsunternehmen mit sehr hoher Eigenerzeugung nicht unbedingt zu den preisliche günstigsten gezählt haben.

Es ist daher notwendig die Struktur der Versorgungsunternehmen in den Satzungen der Gesellschaften dermaßen anzupassen, dass die Versorgungssicherheit sowie eine moderate Preisgestaltung die wichtigsten Gesellschaftsziele sind.

Die unterfertigten Delegierten stellen daher folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Salzburg möge beschließen, dass die Wirtschaftskammer direkt bzw. indirekt über die Wirtschaftskammer Österreich an die Gebietskörperschaften herantritt, damit diese die Satzungen der eigenen Versorgungsunternehmen dermaßen anpasst, dass die kapitalistischen Ziele des Aktienrechts in den Hintergrund treten und die Versorgungsziele wieder in den Vordergrund treten können.





Mag. Dorothea Fiedler Josef Fritzenwallner Komm. Rat Christian Kittl

 WP-Del. WP-Del. WP-Del.

Salzburg, am 16. 04. 2023